

Gastkolumne

Ein Vertrag, der politisch bindet – was soll das?

Der Uno-Migrationspakt ist ein gutgemeintes Abkommen ohne Rechtswirkung. Solche Verträge sind tückisch, aber in Mode



Paul Widmer

Kommenden Dienstag verabschieden zahlreiche Staaten in Marrakesch den Uno-Migrationspakt. Nach einigen Turbulenzen hat der Bundesrat entschieden, an der Konferenz nicht teilzunehmen. Das mag Länder, mit denen die Schweiz ein Abkommen zur Zusammenarbeit im Migrationsbereich abgeschlossen hat, verärgern. Und es könnte dazu führen, dass diese noch weniger bereit sind als bisher, eigene Staatsangehörige mit irregulärem Aufenthaltsstatus in der Schweiz zurück zu übernehmen. Diese Gefahr spräche eigentlich für eine Unterzeichnung des Paktes.

Dennoch will sich der Bundesrat nach heftiger Kritik aus dem Parlament das Vertragswerk nochmals genauer anschauen. Er tut gut daran, auch wenn wohlwollende Kreise darauf hinweisen, dass dieses Abkommen nur politisch bindend sei und man es folglich nicht allzu pingelig anpacken sollte. Doch was heisst politisch bindend?

Verträge, die lediglich politisch verbindlich sind, kann man nicht gerichtlich einklagen. In einem speziellen Verfahren überprüfen die Vertragsstaaten, ob jeder seinen Verpflichtungen nachkommt. Tut einer es nicht, hat man keine rechtliche Handhabe. Man kann nur politischen Druck erzeugen, kann den Säumigen mahnen, und

wenn er sich partout nicht fügen will, ein zweites und drittes Mal. Aber dann ist Schluss. Das Fehlverhalten zeitigt keine rechtlichen Folgen.

Sind politisch verbindliche Verträge somit Papiertiger? So einfach ist es nicht. Das Hauptproblem ist folgendes: Gewisse Staaten nehmen politisch verbindliche Verträge ernst, andere weniger und einige überhaupt nicht. Rechtsstaaten wie die Schweiz bemühen sich, die Verpflichtungen möglichst getreu umzusetzen. Denn sonst hätten sie ja keinen Sinn. Autokraten dagegen haben weniger Skrupel, ihre Unterschrift unter eine Konvention zu setzen, sich dann aber um die Umsetzung zu foutieren. Das erleben wir täglich, etwa im Uno-Menschenrechtsrat, wo kleinere Unzulänglichkeiten in Rechtsstaaten nicht selten mehr Kritik auf sich ziehen als massive Vergehen in Unrechtsstaaten.

Das Übel sitzt tief. Schauen wir die Sache konkret an. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte ist das umfassendste Menschenrechtsabkommen der Uno. Bisher haben 172 von 193 Mitgliedern das Dokument ratifiziert. Kaum ein Staat ist in der Lage, allen Bestimmungen zu genügen. Aber Rechtsstaaten prüfen, was sie einhalten können. Deshalb bringen sie bei der Ratifizierung dort, wo ihre Gesetzgebung nicht mit dem Pakt übereinstimmt, Vorbehalte an, zum Beispiel Grossbritannien 16, die USA 12, die Schweiz 6. Einige Länder ratifizierten den Vertrag aus guten Gründen nicht, so China oder Saudiarabien. Andere hingegen nahmen es lockerer. Aserbaidschan etwa, kein Musterknabe in Sachen Menschenrechte, glaubte, den Pakt vorbehaltlos unterzeichnen zu können, desgleichen der Sudan, Kuba und andere mehr. Die Ver-



ILLUSTRATION: GABI KOPP



Die Verträge vergrössern die Kluft zwischen jenen, die sich an die Vereinbarungen halten, und den andern, die es eben nicht tun.

pflichtungen sind ja, so sagen sie sich, nur politischer Art.

Dieser Sachverhalt ist ernüchternd. Er bedeutet: Politisch verbindliche Verträge erzeugen Wirkung, aber vor allem in den Rechtsstaaten – und nicht dort, wo sie am nötigsten wären. Damit erzielen sie häufig gerade das nicht, was sie bezwecken, nämlich die Standards weltweit mit vereinten Kräften anzuheben. Stattdessen vergrössern sie die Kluft zwischen jenen, die sich an die Vereinbarungen halten, und den andern, die es eben nicht tun.

In den letzten Jahren wuchs die Zahl der politisch bindenden Konventionen stetig. Heute dürfte es in der Uno, dem Europarat, der OECD und anderen internationalen Organisationen mindestens drei Dutzend solcher Konventionen mit einem Überwachungsorgan geben. Das hätte eigentlich, würde man meinen, zu einer Verbesserung der liberalen Weltordnung führen müssen. Aber das ist beileibe nicht immer der Fall. Gerade im sensitiven Bereich der politischen Freiheit ist das Gegenteil eingetreten. Laut der Organisation Freedom House nehmen Freiheit und Demokratie seit einem Jahrzehnt Jahr für Jahr ab. Es ist zu befürchten, dass auch der Migrationspakt in diese Kategorie fällt.

Das sollte der Bundesrat bedenken, ehe er neue politisch bindende Verpflichtungen eingeht. Und es sollte auch Nichtregierungsorganisationen zu denken geben, die ihre Anliegen oft propagieren, als ob politisch verbindliche Abkommen schon rechtliche Geltung hätten. Hoffnungen zu wecken, ist stets attraktiv. Aber wenn sie falsch sind, ist der Verzicht darauf redlicher. Und besser.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.

Medienkritik

Kritik ist eine Anmassung, immer



Ronnie Grob

Einige von denen, die sich selbst als Leistungsträger und als Stützen der Gesellschaft sehen, halten Journalisten für eine lästige Gruppe von Versagern, die nie etwas Anständiges gelernt haben und deshalb ständig rummosern müssen. Obwohl diese Journalisten – so behaupten die Leistungsträger! – nicht die geringste Ahnung vom Brötchenbacken haben, schreiben sie ellenlange Artikel über das Brötchenbacken. Sie kritisieren die Leistung von Fussballern, obwohl sie keinen Pass spielen können, der ankommt. Sie verfassen Analysen über Medienpolitik, obwohl sie noch nie einen Fernsehsender geführt haben.

Kritik ist eine Anmassung, die Fallhöhe riesig. Ohne besondere Ausbildung und nur mit der Fähigkeit, einigemassen eloquent formulieren zu können, fällen Journalisten ihre frechen Urteile, noch bevor das Hintergrundgespräch überhaupt vorbei ist. Und was legitimiert sie dazu? Nichts als das Recht auf die freie Rede, das sich unsere Vorväter und -mütter so blutig erkämpft haben.

Wer nun aber die Journalisten kritisiert, erlebt bald das, was diese erleben, wenn sie die Leistungsträger der Gesellschaft kritisieren. Auch Journalisten akzeptieren Kritik höchstens dann, wenn sie intern und taktvoll angebracht wird. Sie sollte möglichst von einer Person kommen, die in der Lage ist, ihre Arbeit zu beurteilen – also etwa von jemandem, der wenigstens dreissig Jahre lang Chefredaktor eines Weltblatts war.

Wie Journalisten, die täglich ohne besondere Zurückhaltung über Politiker, Sportler und Manager richten, zu weinerlichen Mimosen werden, wenn die Kritik sie selbst trifft, ist faszinierend. Dabei ist die Lage eindeutig: Wer öffentlich arbeitet, darf in einer freien Gesellschaft auch öffentlich beurteilt werden. Wer öffentlich finanziert wird, muss sich noch viel mehr Kritik gefallen lassen.

Ronnie Grob ist Redaktor beim «Schweizer Monat». (ronniegrob@gmail.com)

49 Prozent

Wie der «Playboy» neuerdings die Männer sieht



Patrick Imhasly

Ganz ehrlich, ich kann mich nicht erinnern, wann ich mir zum vorletzten Mal einen «Playboy» gekauft habe. Das letzte Mal war vergangene Woche – aber aus rein professionellem Interesse, weil ich ja hier jeweils über Dinge nachdenke, welche die Männer so umtreiben. Trotzdem war es mir peinlich, am Kiosk nach dem Männermagazin zu fragen, und als der Verkäufer mit lauter Stimme nachhakte: «Sie wollen den «Playboy»?», zog ich instinktiv den Kopf ein.

Das Besondere an der aktuellen Sonderausgabe des deutschen «Playboys» ist, dass er sich nicht mit Frauen, sondern mit Männern beschäftigt. «How to be a Man», lautet das Leitmotiv. Oder wie es der Chefredaktor

im Editorial ausdrückt: Man wolle den Lesern eine Idee davon geben, was Mannsein heute bedeute. «Männlichkeit in Zeiten, die geprägt sind von ausufernden #MeToo-Debatten und ausfallenden Trump-Zitaten. In denen der Mann an sich unter Generalverdacht steht.» Wie also legitimiert ein klassisches Männermagazin heute seine Existenzberechtigung? Es tut dies auf erstaunlich interessante, oft witzige und nie wirklich schmuddelige Art – im ganzen Heft ist keine einzige nackte Frau zu sehen.

Schuhe, Anzüge, Uhren, Drinks und eine Bierbrauerei für den Hausgebrauch: Der «Playboy» lässt kaum ein Männerklischee aus. Das hat aber vor allem damit zu tun, dass der Lifestyle den Mann längst als kaufkräftigen und eitlen Kunden entdeckt hat. Und dass das Magazin in einem pseudo-wissenschaftlichen und grottenschlechten Text das Wesen des Orgasmus zu erklären versucht, sollte man als Leser einfach wegstecken. Stücke dieser Art finden sich auch in den Magazinen für Frauen, die im Wartezimmer von Zahnarztpraxen aufliegen.

Doch dann wird es spannend. Der Extrembergsteiger Hans Kammerlander erzählt, wie

er in den Achttausendern des Himalaja mehrmals dem Tod von der Schippe sprang – bis heute aber nicht darüber hinweggekommen ist, dass er 2013 in seiner Heimat unter Alkoholeinfluss einen Autounfall verursachte, bei dem ein 21-Jähriger ums Leben kam. Dass laut dem amerikanischen Sozialpsychologen Justin Lehmler der überwiegende Teil männlicher Sexphantasien von der Erfüllung emotionaler Bedürfnisse handelt – zum Beispiel begehrt zu werden –, dürfte auch die eine oder andere Frau überraschen. Erfrischend geht Jürgen Schmidhuber, renommierter Experte für künstliche Intelligenz mit eigenem Labor in Lugano, den Genderdiskurs an. Er meint, Männer seien einfacher als Frauen durch künstliche Intelligenz zu ersetzen, weil sie einseitiger seien: «Es ist schon so, dass die meisten Männer nur eine Sache wirklich gut können.»

Wie zu erwarten war, hat die Sonderausgabe des «Playboys» in den Höhen des deutschen Feuilletons nur Hohn und Spott ausgelöst. «Es gäbe so viele wichtige Texte zu schreiben über das Mannsein und die Männlichkeit, über Gewalt, über sexuelle Übergriffe, über männliche Depression. Hier



Ein Experte meint, Männer seien einfacher als Frauen durch künstliche Intelligenz zu ersetzen, weil sie einseitiger seien.

findet sich keiner», ätzte die «Süddeutsche Zeitung». Dieser Einschätzung liegt indes ein fundamentales Missverständnis zugrunde. Der «Playboy» ist kein Periodikum für konstruktivistische Geschlechterforschung, ebenso wenig ein Fachblatt für präventiv-medizinische Interventionen zur Förderung der männlichen Gesundheit. Er will einfach unterhalten. Solange ein Männermagazin das so leichtfüssig, aber durchaus engagiert tut wie der «Playboy» in seiner Sondernummer, ist es um die Männlichkeit in unserer Gesellschaft nicht allzu schlecht bestellt.

Wie erklärte doch Campino, der Sänger der Toten Hosen, in einer früheren Ausgabe des «Playboys»: «Ich mag Freundschaften unter Männern. Enge Freunde umarme ich auch gerne. Mit denen fahre ich auch ein Wochenende in den Wald, und wir schauen, wie weit wir kommen. Für solche Sachen bin ich immer zu haben. Aber ansonsten beschäftige ich mich mit dem Thema Männlichkeit nicht tiefgehend. Da setze ich mich lieber mit der Weiblichkeit auseinander.»

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».